

Willige, aber nicht billige Hilfskräfte

Groß-Computer für die Universität? — Gesamtkonzeption fehlt noch

Der Trend zur Spezialisierung ist auf allen Gebieten des täglichen Lebens zu spüren. Immer deutlicher fordern Pädagogen eine wissenschaftliche und forschende Ausbildung für die angehenden Lehrer, damit diese ihren späteren Schülern ein fachlich fundiertes Wissen mit auf den Weg geben können. Soziologen drängen sogar auf eine „Verwissenschaftlichung“ von Legislative und Verwaltung. Sie befürchten — kraß gesagt — eine Niveauverflachung der Beamten und Politiker, wenn bei jeder wichtigen Entscheidung ein sogenannter wissenschaftlicher Beirat seine Hände im Spiel hat.

Selbstverständlich wäre es nur gut, wenn ein Verwaltungsfachmann neben seiner Begabung, zu organisieren, auch für jeden speziellen Fall das erforderliche Fachwissen mitbrächte. Bei allem Wohlwollen, das dürfte eine fast geniale Ausnahmeerscheinung sein. Zu sehr ist man behördlicherseits mit reinen Routineaufgaben überlastet. Ganz ohne Fachberater wird es also in Zukunft nicht gehen.

Was für Behörden gilt, trifft in besonderem Maße auch auf unsere Hochschulen zu. Wissenschaftler ertrinken schier im alltäglichen Verwaltungskram, wichtige Forschungsaufgaben müssen deswegen zurückgestellt werden.

Um den Verwaltungsapparat nun weitgehend zu entlasten, sind in letz-

ter Zeit immer mehr technische Apparaturen als willige, jedoch nicht ganz billige Hilfskräfte eingesetzt worden. Allein die Bundesregierung gibt über die Deutsche Forschungsgemeinschaft Unsummen für die technische Entwicklung und die dazu erforderliche angewandte Forschung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung aus. Getragen von der deutschen Welle ist ihr Ziel jedoch ein Elektronenrechner „made in Germany“, ein Computer aus eigener (Finanz-) Kraft.

Dem ständig steigenden Rechenbedarf beispielsweise auf den Gebieten Medizin (Genetik), Astrophysik oder Chemie (Professor Eigens Forschungen über schnelle chemische Reaktionen) will man durch große regionale Rechenzentren auffangen. So jedenfalls stellt es sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft in seiner jüngst entwickelten Konzeption vor.

In der ersten Ausbaustufe solcher regionaler Rechenzentren sind die Städte München, Hamburg, Darmstadt, Stuttgart und eine Stadt aus dem Ruhrgebiet (wahrscheinlich Bochum) vorgesehen. Für Niedersachsen bieten sich die Hochschulstädte Hannover, Braunschweig, Göttingen und Clausthal-Zellerfeld für die Bildung einer zentralen Einheitsanlage geradezu an.

Bei den betroffenen Hochschulen und auch bei der Landesregierung bestehen darüber jedoch noch immer keine einheitlichen Vorstellungen. Vereinzelt gibt es zwar schon Rechenanlagen kleinerer Bauart, so in Hannover an der Technischen Hochschule, an der Medizinischen Hochschule, an der Tierärztlichen Hochschule, an der TH Braunschweig und in Clausthal. Göttingen besitzt sogar leistungsfähige Anlagen bei der AVA und der Max-Planck-Gesellschaft, die von den Instituten der Georgia-Augusta mitbenutzt werden. Seit einem Jahr etwa besitzt auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät eine

kleine Rechenanlage im Keller des neuen Fakultätsgebäudes. Das Land zahlt dafür an die Herstellerfirma monatlich immerhin 6500 Mark Miete.

Vielschichtig, aber nur sachlich unterschiedliche Vorstellungen herrschen bei Hochschulverwaltung und Institutsleitern über Art und Größe der im weiteren Ausbauprogramm der Universität vorgesehenen Großrechenanlage. Mediziner fürchten mangelnde Geheimhaltungsfähigkeiten des Computers, andere Wissenschaftler glauben die Datenverarbeitung seitens der Verwaltung nähme zuviel Zeit in Anspruch...

Professor Angermann, der Leiter des betriebswirtschaftlichen Seminars, hat zwar mit seinem Assistenten ein allgemeines Gutachten über die Möglichkeiten des Einsatzes von Rechenanlagen in Universitätskliniken angefertigt. Dieses Gutachten war jedoch nicht auf Göttinger Verhältnisse spezialisiert, sondern mehr allgemeiner Art. Eine Gesamtkonzeption fehlt also mehr oder weniger immer noch.

Bedauerlich, wenn man bedenkt, daß die in Göttingen vorhandenen Rechenanlagen bei weitem nicht ausreichen, um den quantitativen und qualitativen Rechenbedarf der Zukunft zu decken. Ein Erfahrungsgesetz des Deutschen Rechenzentrums Darmstadt besagt, daß eine Rechenanlage etwa alle drei Jahre durch eine leistungsfähigere ersetzt werden muß, wenn man mit der Entwicklung auf diesem Gebiet Schritt halten will.

Eine rasche Lösung dieses offenen Problems scheint also ratsam und ist nicht nur durch ein ohnehin knappes Vorlesungsangebot zu ermitteln! International hat die Bundesrepublik gerade auf diesem Gebiet ohnehin einigen Boden unter den Füßen von Wissenschaft und Forschung verloren. Im Falle Göttingen scheint es weniger eine finanzielle Frage als ein Problem der Integration vieler Einzelwünsche zu sein.

Axel H. Mahn